

Anfrage Sax betreffend Überführung von Vernetzungskonzepten in die Ortsplanungen

Gestützt auf das Bundesgesetz über die Landwirtschaft werden in den Gemeinden und Regionen unseres Kantons laufend Vernetzungskonzepte erarbeitet. Mit den in diesen Konzepten erhobenen Grundlagen werden Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen zwischen den Bewirtschaftern und dem Kanton Graubünden.

Die Thematik wurde im Grossen Rat letztmals vor allem mit zwei Vorstössen von Grossrat Peer (Anfrage August 2009, Auftrag April 2010) diskutiert. Der Auftrag Peer wurde im August 2010 durch den Grossen Rat gegen den Willen der Regierung überwiesen. Der damit geäusserte Wille des Grossen Rates war klar: Die Umsetzung von Vernetzungskonzepten mit den daraus fliessenden Bewirtschaftungsverträgen zwischen den Bewirtschaftern und dem Kanton Graubünden soll nur in Form von öffentlich-rechtlichen befristeten Verträgen erfolgen.

Trotz der klaren Überweisung des vorerwähnten Auftrages muss nun festgestellt werden, dass sich das ANU damit nicht begnügt und Bestrebungen unternimmt, Vernetzungskonzepte in Ortsplanungen überführen zu wollen. Ähnlich wie dies ursprünglich mit der Eintragung von Dienstbarkeiten ins Grundbuch beabsichtigt war, wird damit nebst der vertraglichen Grundlage mit den Bewirtschaftern erneut versucht, eine grundeigentümerverbindliche Umsetzung durchzusetzen. Diese Variante der Überführung von Vernetzungskonzepten in die Ortsplanungen der Gemeinden, um damit den grundeigentümerverbindlichen Schutz sicherzustellen, war von der Regierung bereits in der Antwort zum Auftrag Peer erwähnt worden. Damals wurde diese Variante jedoch als schlechteste von drei Varianten qualifiziert. Damit wird klar der Eindruck verstärkt, dass auf allen Wegen und trotz klarer Willensäusserung des Grossen Rates versucht wird, in diesem Bereich grundeigentümerverbindliche Zustände zu schaffen, welche gegenüber den Bewirtschaftern einerseits jegliche zukünftige Flexibilität in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ausschliessen wollen und andererseits gegenüber den Grundeigentümern unnötige Eingriffe in das Grundeigentum darstellen.

Dazu stellen sich folgende Fragen:

1. Trifft es tatsächlich zu, dass das ANU Bestrebungen unternommen hat, gegenüber Gemeinden im Rahmen von Ortsplanungsrevisionen die Überführung von Vernetzungskonzepten in die Ortsplanungen (Zonenplan oder Genereller Gestaltungsplan) zu fordern?
2. Wie lässt sich dieses Vorgehen nach Beurteilung der Regierung rechtfertigen, insbesondere vor der klaren Willensäusserung des Grossen Rates, die Umsetzung von Vernetzungskonzepten durch den Abschluss von öffentlich-rechtlichen befristeten Verträgen vorzunehmen?
3. Teilt die Regierung die Meinung, dass mit einem solchen Vorgehen die zukünftige Flexibilität in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung eingeschränkt wird?
4. Wie beurteilt die Regierung die mit der Absicht der Überführung von Vernetzungskonzepten in die Ortsplanungen verbundenen Eingriffe ins Grundeigentum?

Chur, 20. April 2011

Sax, Valär, Niggli-Mathis (Grüsch), Albertin, Augustin, Barandun, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Camischolas), Blumenthal, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Caluori, Campell, Candinas, Casty, Casutt, Casutt-Derungs, Cavegn, Clalüna, Clavadetscher, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Fallet, Florin-Caluori, Foffa, Furrer-Cabalzar, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Heinz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jeker, Joos, Kasper, Kleis-Kümin, Kollegger (Malix), Kunz (Fläsch), Lorez-Meuli, Marti, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Michel (Davos Montein), Nick, Niederer, Niggli (Samedan), Parolini, Parpan, Rathgeb, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Troncana-Sauer, Tscholl, Vetsch (Pragg-Jenaz), Wieland, Zweifel-Disch, Haltiner, Jenny (Klosters Dorf), Müller (Susch), Vincenz



Sitzung vom

28. Juni 2011

Mitgeteilt den

01. Juli 2011

Protokoll Nr.

596

Anfrage Sax

betreffend Überführung von Vernetzungskonzepten in die Ortsplanungen

Antwort der Regierung

Träger und Auftraggeber von Vernetzungskonzepten ist nicht der Kanton, sondern sind die Gemeinden. Die Datenhoheit liegt also bei den Gemeinden. Bei der Erarbeitung der Vernetzungskonzepte erfasst jeweils ein von der Gemeinde beauftragtes Ökobüro innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche den Ausgangszustand. Dazu werden u.a. Ziel- und Leitarten bestimmt wie Brutvögel, Reptilien, Schmetterlinge. Zudem werden im Hinblick auf die Förderung der botanischen und faunistischen Vielfalt Ziele definiert resp. ein Umsetzungskonzept erstellt. Die Erfassung des Ausgangszustandes erfolgt ausgehend vom kantonalen Natur- und Landschaftsschutzinventar. Weil die zum Teil aus den 90er Jahren stammenden Inventardaten des Kantons eine relativ grosse räumliche Ungenauigkeit aufweisen, müssen sie bei der Erarbeitung der Vernetzungskonzepte aktualisiert werden. Neben genaueren Abgrenzungen für die Inventarobjekte und die gegenwärtigen Nutzungen fallen dabei auch Kenntnisse über bisher nicht erfasste Lebensräume im Sinne des Bundesrechts an. Solche neu erkannten Biotopflächen werden im Rahmen von Vernetzungskonzepten zwar kartiert. Bis zum Abschluss der Totalrevision der kantonalen Natur- und Heimatschutzgesetzgebung wurde jedoch bewusst darauf verzichtet, neue Objekte ins kantonale Inventar der schutzwürdigen Biotope von regionaler und lokaler Bedeutung (Art. 16 kantonales Natur- und Heimatschutzgesetz, KNHG) aufzunehmen. Bei der anstehenden Nachführung dieses Inventars wird aber mit Sicherheit auch auf die Umrissdaten aus den Vernetzungskonzepten abgestützt. Der Rechtsschutz ist bei Nachführungen von Inventaren im Rahmen der Bestimmungen in Art. 4 f. KNHG gewährleistet.

Im Rahmen von Ortsplanrevisionen können die von den Gemeinden beauftragten Planungsbüros über die Geodatendrehscheibe Graubünden lediglich die Inventardaten des Kantons beziehen. Da den Gemeinden und Planungsbüros die Ungenauigkeit dieser Daten durchaus bekannt sind, fordern sie beim Amt für Natur und Umwelt (ANU) regelmässig die im Rahmen der Vernetzungskonzepte gefundenen Biotopabgrenzungen an.

Wenn Schutzzonen oder Naturobjekte im Sinne von Art. 44 des kantonalen Raumplanungsgesetzes Gegenstand einer Ortsplanrevision bilden, überprüft das ANU im Rahmen des Vorprüfungsverfahrens die Abgrenzungen und Einträge. Stützen sich diese ausschliesslich auf alte Inventardaten, obwohl aktuellere Daten verfügbar wären, beantragt das ANU jeweils eine Bereinigung. Im Rahmen der Vorprüfung erlaubt sich das ANU zudem auf Biotopflächen hinzuweisen, welche nicht im Inventar verzeichnet sind, und beantragt, primär bei Mooren, dass die Gemeinde eine Unterschutzstellung prüft.

Antworten zu den Fragen:

1. Eine vollständige oder weitgehende Überführung von Vernetzungskonzepten in Ortsplanungen ist schon aufgrund der Datenstruktur weder möglich noch sinnvoll. Dennoch besteht ein sachlicher Zusammenhang zwischen Vernetzungskonzepten und Planungen. Weil die Ziele der Raumplanung auch Schutzziele zum Inhalt haben, befassen sich beide Instrumente mit NHG-Schutzobjekten. Aufgabe des ANU bei Ortsplanrevisionen ist es, die Qualität von Ortsplanungen durch die Abgabe von verfügbaren aktuelleren Umrissdaten, welche den Gemeinden gehören, zu gewährleisten. Dabei können auch Empfehlungen zur Unterschutzstellung neu erfasster Biotope abgegeben werden. Wird eine Unterschutzstellung von nicht inventarisierten Biotopen von einer Gemeinde abgelehnt, hat dies keine weiteren Konsequenzen. Zusammenfassend ergibt sich, dass das ANU im Sinne der Fragestellung keine besonderen Bestrebungen zur Überführung der Vernetzungskonzepte in Ortsplanungen unternimmt.
2. Vernetzungskonzepte werden nach wie vor mittels öffentlich-rechtlicher, auf längstens 6 Jahre befristeter Bewirtschaftungsverträgen umgesetzt.
3. Wie vorstehend ausgeführt, hat sich an der Umsetzung der Vernetzungskonzepte nichts geändert. Somit ändert sich auch nichts an der Flexibilität in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung.
4. Es bestehen seitens des Kantons keinerlei Absichten, Vernetzungskonzepte in die Nutzungsplanung zu überführen. Im Rahmen von Ortsplanungen wird von den Gemeinden jedoch regelmässig von den genaueren Umrissdaten aus ihren Vernetzungskonzepten Gebrauch gemacht. Es ist in diesen Verfahren durchaus Aufgabe des ANU, auf Abweichungen von Schutzzonen gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen hinzuweisen und sachlich begründete Anpassungen zu beantragen. Der Rechtsschutz ist dabei umfassend gewahrt.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Martin Schmid

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen

Dumonda Sax concernent il transferiment da concepts d'interconnexiun en las planisaziuns localas

Sin basa da la lescha federala davart l'agricultura vegnan elavurads permanentamain concepts d'interconnexiun en las vischnancas ed en las regiuns da noss chantun. A maun da las infurmaziuns che vegnan rimnadas en quests concepts vegnan fatgs contracts da cultivaziun tranter las cultivaturas ed ils cultivaturs d'ina vart ed il chantun Grischun da l'autra vart.

Questa tematica è vegnida discutada l'ultima giada en il cussegl grond cunzunt en il rom da duas intervenziuns dal deputà Peer (dumonda da l'avust 2009, incumbensa da l'avrigl 2010). L'incumbensa Peer è vegnida acceptada l'avust 2010 dal cussegl grond cunter la voluntad da la regenza. La voluntad ch'il cussegl grond ha exprimì uschia era clera: Ils concepts d'interconnexiun ed ils contracts da cultivaziun respectivs tranter las cultivaturas ed ils cultivaturs d'ina vart ed il chantun Grischun da l'autra vart duain vegnir realisads mo en furma da contracts da dretg public d'ina durada limitada.

Malgrà che l'incumbensa numnada qua survart è vegnida acceptada cleramain, stoi ussa vegnir constatà che l'uffizi per la natira e l'ambient (UNA) na sa cuntenta betg cun quai e fa sforzs per che las vischnancas transferechan concepts d'interconnexiun en lur planisaziuns localas. Sumegliantamain a quai ch'era intenziunà oriundamain cun l'inscripziun da servituts en il register funsil vegni ussa empruvà da chatschar tras – ultra dals contracts cun las cultivaturas e cun ils cultivaturs – ina realisaziun che lia las proprietarias ed ils proprietaris funsils. Questa varianta da transferir concepts d'interconnexiun en las planisaziuns localas da las vischnancas cun l'intent da garantir la protecziun che lia las proprietarias ed ils proprietaris funsils aveva la regenza menziunà gia en sia resposta a l'incumbensa Peer. Quella giada era questa varianta dentant vegnida qualifitgada sco la mendra da trais variantas. Qua tras vegn rinforzada cleramain l'impressiun ch'i vegnia – malgrà ch'il cussegl grond ha exprimì cleramain sia voluntad – empruvà da stgaffir sin tut las vias situaziuns che lian las proprietarias ed ils proprietaris funsils: situaziuns che vulan d'ina vart excluder mintga flexibilitad futura en la cultivaziun agricola per las cultivaturas e per ils cultivaturs e che signifitgeschan da l'autra vart intervenziuns nunnecessarias en la proprietad funsila per las proprietarias e per ils proprietaris funsils.

En quest connex sa tschentan las suandantas dumondas:

1. Èsi propi uschia ch'il UNA ha fatg sforzs per che las vischnancas transferechan concepts d'interconnexiun en lur planisaziuns localas en il rom da revisiuns da talas (plan da zonas u plan general da furmaziun)?
2. Co sa lascha quest proceder giustifitgar tenor il giudicament da la regenza, en spezial en vista al fatg ch'il cussegl grond ha exprimì cleramain sia voluntad da realisar concepts d'interconnexiun sin basa da contracts da dretg public d'ina durada limitada?
3. È er la regenza da l'opiniun ch'in tal proceder restrenschia en l'avegnir la flexibilitad en la cultivaziun agricola?
4. Co giuditgescha la regenza las intervenziuns en la proprietad funsila che resultan tras l'intenziun da transferir concepts d'interconnexiun en las planisaziuns localas?

Cuira, ils 20 d'avrigl 2011

Sax, Valär, Niggli-Mathis (Grüsch), Albertin, Augustin, Barandun, Berther (Mustér), Berther (Camischolas), Blumenthal, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Caluori, Campell, Candinas, Casty, Casutt, Casutt-Derungs, Cavegn, Clalüna, Clavadetscher, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Fallet, Florin-Caluori, Foffa, Furrer-Caballar, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Heinz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jeker, Joos, Kasper, Kleis-Kümin, Kollegger (Malix), Kunz (Fläsch), Lorez-Meuli, Marti, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Michel (Tavau Monstein), Nick, Niederer, Niggli (Samedan), Parolini, Parpan, Rathgeb, Steck-Rauch, Stiffler (Tavau Plaz), Tenchio, Troncana-Sauer, Tscholl, Vetsch (Pragg-Jenaz), Wieland, Zweifel-Disch, Haltiner, Jenny (Claustra Vitg), Müller (Susch), Vincenz



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

28 da zercladur 2011

01. da fanadur 2011

596

Dumonda Sax

concernent il transferiment da concepts d'interconnexiun en las planisaziuns localas

Resposta da la regenza

Ils concepts d'interconnexiun na vegnan betg purtads ed incumbensads dal chantun, mabain da las vischnancas. La suveranità da las datas è pia chausa da las vischnancas. Tar l'elavuraziun dals concepts d'interconnexiun registrescha mintgamai in biro ecologic, ch'è incumbensà da la vischnanca, il stadi da partenza entaifer la surfatscha utilisada da l'agricultura. Per quest intent vegnan tranter auter eruidas las spezas en mira e las spezas caracteristicas sco utschels cuaders, reptils e tgirallas. Plinavant vegnan definidas finamiras resp. vegni elavurà in concept da realisaziun en vista a la promoziun da la varietad botanica e faunistica. Il stadi da partenza vegn registrà sin basa da l'inventari chantunal da la protecziun da la natira e da la cuntrada. Perquai che las datas da l'inventari chantunal, che dateschan per part dals onns 1990, han ina inexactadad territoriala relativamain gronda, ston ellas vegnir actualisadas tar l'elavuraziun dals concepts d'interconnexiun. Ultra da cunfinaziuns pli exactas per ils objects da l'inventari e per las utilisaziuns actualas resultan qua tras er enconuschientschas davart spazis da viver betg registrads fin ussa en il senn dal dretg federal. Talas surfatschas da biotop identifitgadas da nov vegnan bain cartadas en il rom da concepts d'interconnexiun. Fin a la terminaziun da la revisiun totala da la legislaziun chantunala davart la protecziun da la natira e da la patria èsi dentant vegnì desistì sapientivamain d'integrar novs objects en l'inventari chantunal dals biotops ch'èn degns da vegnir protegids e che han ina impurtanza regiunala e locala (art. 16 da la lescha chantunala davart la protecziun da la natira e da la patria [LNPGR]). Tar la proxima actualisaziun da quest inventari vegni dentant segiramain er sa basà sin las datas schematicas dals concepts d'interconnexiun. La protecziun giuridica è garantida en cas d'actualisaziuns d'inventaris en il rom da las disposiziuns dals art. 4 s. LNPGR.

En il rom da revisiuns da planisaziuns localas pon ils biros da planisaziun incumbensads da las vischnancas retrair sur il center da geodatas dal Grischun mo las datas da l'inventari chantunal. Perquai ch'igl è tuttavia enconuscent a las vischnancas ed als biros da planisaziun che questas datas n'èn betg adina exactas, fan ellas regularmain dar l'uffizi per la natira e l'ambient (UNA) las cunfinaziuns dals biotops ch'èn vegnidadas en il rom dals concepts d'interconnexiun.

Sche zonas da protecziun u objects natirals en il senn da l'art. 44 da la lescha chantunala davart la planisaziun dal territori èn part d'ina revisiun da la planisaziun locala, controlla il UNA las cunfinaziuns e las registraziuns en il rom da la procedura d'examinaziun preliminar. Sche questas zonas u quests objects sa basan exclusivamain sin datas d'in inventari vegl, cumbain che datas pli actualas fissan avant maun, propona il UNA mintgamai ina rectificaziun. En il rom da l'examinaziun preliminar sa permetta il UNA plinavant da render attent a surfatschas da biotop che n'èn betg registradas en l'inventari; e primarmain en cas da palids propona el che la vischnanca examineschia da metter sut protecziun questas surfatschas.

Respostas a las dumondas:

1. Transferir tut ils concepts d'interconnexiun u la gronda part da quels en las planisaziuns localas n'è – gia pervia da la structura da las datas – ni pussaivel ni raschunabel. Tuttina exista in connex material tranter ils concepts d'interconnexiun e las planisaziuns. Perquai che las finamiras da la planisaziun dal territori cuntegnan er finamiras da protecziun, sa fatschentan tuts dus instruments cun objects da proteger tenor la lescha federala davart la protecziun da la natira e da la patria (LNP). En cas da revisiuns da planisaziuns localas ha il UNA l'incumbensa da garantir la qualita da las planisaziuns localas, e quai cun consegnar datas schematicas disponiblas e pli actualas, che appartegnan a las vischnancas. En quest connex pon er vegnir fatgas recumandaziuns per metter sut protecziun biotops registrads da nov. Sch'ina vischnanca refusescha da metter sut protecziun biotops betg inventarisads, n'ha quai naginas ulteriuras consequenzas. Per resumar poi vegnir ditg ch'il UNA na fa nagins sforzs spezials per transferir ils concepts d'interconnexiun en las planisaziuns localas en il senn da la dumonda.
2. Concepts d'interconnexiun vegnan anc adina realisads cun agid da contracts da cultivaziun da dretg public ch'èn limitads a maximalmain 6 onns.
3. Sco quai ch'igl è explitgà qua surwart, n'èsi sa midà nagut vi da la realisaziun dals concepts d'interconnexiun. Uschia na sa mida er nagut vi da la flexibilitad en la cultivaziun agricola.
4. Da vart dal chantun n'existan naginas intenziuns da transferir concepts d'interconnexiun en la planisaziun d'utilisaziun. En il rom da planisaziuns localas fan las vischnancas dentant regularmain diever da las datas schematicas pli exactas che derivan da lur concepts d'interconnexiun. Entaifer questas proceduras èsi tuttavia l'incumbensa dal UNA da render attent a divergenzas da zonas da protecziun cumpareglià cun las relaziuns effectivas e da proponer adattaziuns objectivas motivadas. La protecziun giuridica è garantida en moda cumplessiva en quest connex.



En num da la regenza

Il president:

dr. Martin Schmid

Il cancellier:

dr. C. Riesen

Interpellanza Sax concernente il trasferimento di progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali

In virtù della legge federale sull'agricoltura, nei comuni e nelle regioni del nostro Cantone vengono costantemente elaborati progetti di interconnessione. Con le basi rilevate in questi progetti vengono stipulati contratti di gestione tra i gestori e il Cantone dei Grigioni.

La tematica è stata discussa l'ultima volta in particolare nell'ambito di due interventi del granconsigliere Peer (interpellanza agosto 2009, incarico aprile 2010). Nell'agosto 2010 l'incarico Peer è stato accolto dal Gran Consiglio contro la volontà del Governo. La volontà così espressa dal Gran Consiglio era chiara: l'attuazione di progetti di interconnessione con i derivanti contratti di gestione tra i gestori e il Cantone dei Grigioni deve avvenire unicamente sotto forma di contratti di diritto pubblico a tempo determinato.

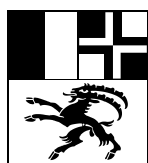
Nonostante l'incarico summenzionato sia stato accolto in modo chiaro, si constata ora che l'UNA non si accontenta e attua degli sforzi volti a trasferire i progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali. Come si voleva ottenere a suo tempo con l'iscrizione di servitù nel registro fondiario, in questo modo, oltre alla base contrattuale con i gestori, si cerca nuovamente di imporre un'attuazione vincolante per i proprietari fondiari. Questa variante del trasferimento di progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali dei comuni per garantire così la protezione vincolante per i proprietari fondiari era già stata menzionata dal Governo nella risposta all'incarico Peer. Allora questa variante era tuttavia stata qualificata come la peggiore delle tre proposte. Viene così rafforzata l'impressione che in ogni modo e nonostante la chiara volontà espressa dal Gran Consiglio si tenta di creare in questo ambito delle condizioni vincolanti per i proprietari fondiari che nei confronti dei gestori vogliono escludere da un lato ogni tipo di flessibilità futura nella gestione agricola e d'altro lato nei confronti dei proprietari fondiari rappresentano inutili intromissioni nella proprietà fondiaria.

A questo proposito si pongono le seguenti domande:

1. Corrisponde al vero che l'UNA ha intrapreso degli sforzi, nel quadro di revisioni delle pianificazioni locali, per chiedere ai comuni il trasferimento di progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali (piano delle zone o piano generale delle strutture)?
2. Secondo il giudizio del Governo com'è possibile giustificare questo modo di procedere, soprattutto di fronte alla chiara volontà espressa dal Gran Consiglio di un'attuazione di progetti di interconnessione con la stipulazione di contratti di diritto pubblico a tempo determinato?
3. Il Governo condivide l'opinione che con un tale modo di procedere viene limitata la futura flessibilità nella gestione agricola?
4. Come giudica il Governo le intromissioni nella proprietà fondiaria che mirano a trasferire progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali?

Coira, 20 aprile 2011

Sax, Valär, Niggli-Mathis (Grüsch), Albertin, Augustin, Barandun, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Camischolas), Blumenthal, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Burkhardt, Caduff, Caluori, Campell, Candinas, Casty, Casutt, Casutt-Derungs, Cavegn, Clalüna, Clavadetscher, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Fallet, Florin-Caluori, Foffa, Furrer-Cabalzar, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Heinz, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jeker, Joos, Kasper, Kleis-Kümin, Kollegger (Malix), Kunz (Fläsch), Lorez-Meuli, Marti, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Michel (Davos Monstein), Nick, Niederer, Niggli (Samedan), Parolini, Parpan, Rathgeb, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Troncana-Sauer, Tscholl, Vetsch (Pragg-Jenaz), Wieland, Zweifel-Disch, Haltiner, Jenny (Klosters Dorf), Müller (Susch), Vincenz



Seduta del

28 giugno 2011

Comunicata il

01° luglio 2011

Protocollo n.

596

Interpellanza Sax

concernente il trasferimento di progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali

Risposta del Governo

L'ente responsabile e il committente di progetti di interconnessione non è il Cantone, bensì sono i comuni. La sovranità sui dati spetta dunque a questi ultimi. Nel corso dell'elaborazione di progetti di interconnessione, un ufficio di eco-consulenza incaricato dal comune si occupa di rilevare lo stato originale all'interno della superficie agricola utile. A questo proposito vengono tra le altre cose determinate specie bersaglio e specie faro come uccelli nidificanti, rettili e farfalle. Inoltre, in vista della promozione della diversità botanica e faunistica vengono definiti obiettivi e viene realizzato un piano di attuazione. Il rilevamento dello stato originale avviene in base all'inventario cantonale di protezione della natura e del paesaggio. Poiché i dati dell'inventario del Cantone, in parte risalenti agli anni '90, presentano un'imprecisione spaziale relativamente grande, al momento dell'elaborazione dei progetti di interconnessione essi vanno aggiornati. Oltre alle delimitazioni più precise per gli oggetti dell'inventario e per le utilizzazioni attuali, in tale occasione emergono anche conoscenze relative ad habitat finora non ancora rilevati, ai sensi del diritto federale. Tali nuove superfici di biotopi vengono sì cartografate nel quadro di progetti di interconnessione, fino alla conclusione della revisione totale della legislazione cantonale sulla protezione della natura e del paesaggio si è tuttavia volutamente rinunciato a inserire nuovi oggetti nell'inventario cantonale dei biotopi degni di protezione di importanza regionale e locale (art. 16 della legge cantonale sulla protezione della natura e del paesaggio, LCNP). In occasione del previsto aggiornamento di questo inventario ci si baserà sicuramente anche sui dati dei perimetri dei progetti di interconnessione. La protezione giuridica in caso di aggiornamenti di inventari è garantita nel quadro delle disposizioni nell'art. 4 seg. LCNP.

Nel quadro delle revisioni delle pianificazioni locali, gli uffici di pianificazione incaricati dai comuni possono richiedere tramite il Centro di geodati dei Grigioni unicamente i dati dell'inventario del Cantone. Poiché ai comuni e agli uffici di pianificazione è perfettamente nota l'imprecisione di questi dati, essi richiedono regolarmente presso l'Ufficio per la natura e l'ambiente (UNA) le delimitazioni dei biotopi trovate nel quadro dei progetti di interconnessione.

Se delle zone di protezione od oggetti naturali ai sensi dell'art. 44 della legge cantonale sulla pianificazione territoriale sono oggetto di una revisione della pianificazione locale, l'UNA verifica le delimitazioni e le iscrizioni nel quadro della procedura d'esame preliminare. Se esse si basano esclusivamente sui vecchi dati degli inventari, sebbene sarebbero disponibili dati più aggiornati, l'Ufficio chiede ogni volta una correzione. Nel quadro dell'esame preliminare l'UNA si permette inoltre di rendere attenti alle superfici dei biotopi non indicate nell'inventario e chiede, soprattutto per le torbiere, che il comune valuti una messa sotto protezione.

Risposte alle domande:

1. Un trasferimento completo o ampio di progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali non è né possibile, né sensato già solo per via della struttura dei dati. Ciononostante, vi è un rapporto oggettivo tra i progetti di interconnessione e le pianificazioni. Poiché gli obiettivi della pianificazione del territorio prevedono anche obiettivi di protezione, entrambi gli strumenti si occupano di oggetti di protezione LPN. Il compito dell'UNA nelle revisioni delle pianificazioni locali è garantire la qualità delle pianificazioni locali fornendo dati dei perimetri disponibili e più attuali, che appartengono ai comuni. Possono anche essere rilasciate raccomandazioni per la messa sotto protezione di nuovi biotopi rilevati. Se un comune respinge la messa sotto protezione di biotopi inventariati, ciò non ha ulteriori conseguenze. Riassumendo, ai sensi della domanda risulta che l'UNA non intraprende alcuno sforzo particolare per trasferire i progetti di interconnessione nelle pianificazioni locali.
2. I progetti di interconnessione vengono attuati come finora tramite contratti di gestione di diritto pubblico limitati al massimo a 6 anni.
3. Come spiegato in precedenza, per quanto riguarda l'attuazione dei progetti di interconnessione nulla è cambiato. Di conseguenza non cambia nulla nemmeno nella flessibilità della gestione agricola.
4. Il Cantone non ha alcuna intenzione di trasferire progetti di interconnessione nella pianificazione delle utilizzazioni. Nel quadro delle pianificazioni locali i comuni usano tuttavia regolarmente i dati dei perimetri più precisi dei loro progetti di interconnessione. È senz'altro compito dell'UNA rendere attenti, nel quadro di queste procedure, a deroghe delle zone di protezione rispetto alle condizioni effettive e chiedere adeguamenti motivati in modo oggettivo. La protezione giuridica è ampiamente tutelata.



In nome del Governo

Il Presidente:

dott. Martin Schmid

Il Cancelliere:

dott. C. Riesen